

Zur Versöhnung verurteilt

25 Jahre nach dem Genozid in Ruanda wohnen Überlebende und Mörder in einem Dorf als Nachbarn Tür an Tür

Von Ulrich Mendelin

MBYO - Gezile Mukagasana und Frédéric Kazigwema sind Nachbarn. Nur ein schmaler Fußweg trennt ihre Lehmziegelhütten, zwischen den Mauern ist eine Wäscheleine gespannt. Eine gute Nachbarschaft sei das, sagt Gezile Mukagasana: „Wenn ich krank bin, ist er derjenige, der mich besuchen kommt.“ Gezile Mukagasana hat sonst niemanden, der sich im Krankheitsfall um sie kümmert, denn ihre Angehörigen wurden vor 25 Jahren ermordet. Sie kennt den Mörder, es ist Frédéric Kazigwema.

Vor 25 Jahren ist der ostafrikanische Kleinstaat Ruanda in einem Blutrausch versunken. Die Massaker extremistischer Hutu-Milizionäre an der ethnischen Minderheit der Tutsi und an allen, die bei der Menschenjagd nicht mitmachen wollten, begann am 6. April 1994 und dauerte etwa 100 Tage. Am Ende waren 800 000 Menschen tot, manche Quellen sprechen von einer Million Toten. Dazu kamen zwei Millionen Flüchtlinge, 300 000 Kinder hatten keine Eltern mehr. Und jeder vierte erwachsene Ruander hatte sich als Mörder oder Mittäter schuldig gemacht.

Leben auf engem Raum

Ruanda gehört zu den am dichtesten bevölkerten Staaten in Afrika. Auf einer Fläche, knapp so groß wie Brandenburg, leben heute 13 Millionen Einwohner. Täter und Überlebende des Völkermords können sich kaum aus dem Weg gehen. Manchmal sind sie Nachbarn, wie Gezile Mukagasana und Frédéric Kazigwema. Ihr Dorf Mbyo, eine Stunde Autofahrt von der Hauptstadt Kigali entfernt, ist eines von acht sogenannten Versöhnungsdörfern im Land. In Mbyo leben 54 Familien: Überlebende und heimgekehrte Flüchtlinge Tür an Tür mit den Mördern ihrer Familien.



„Wir nahmen Pangas und Macheten und begannen, Tutsis zu jagen“: Frédéric Kazigwema war Mitglied der Hutu-Milizen, die vor 25 Jahren Hunderttausende Menschen in Ruanda ermordet haben. Heute lebt er gemeinsam mit Überlebenden in einem „Versöhnungsdorf“.

FOTO: ULRICH MENDELIN

In bäuerlichen Genossenschaften bauen Überlebende und Täter gemeinsam Kassavapflanzen an. Und sie empfangen gemeinsam Urlauber. Ruanda entwickelt seine Tourismusindustrie, Europäer und Amerikaner kommen, um an der Grenze zu Uganda und zum Kongo Berggorillas zu beobachten. Inzwischen haben einige Safari-Anbieter auch die Versöhnungsdörfer im Programm. Für 300 US-Dollar kann man einen Besuch in Mbyo buchen, 30 Dollar davon kommen bei den Dorfbewohnern an. „Werde Psychotherapeut und helfe während deiner Reise jemandem, posttraumatischen Stress

zu bewältigen“, preist „Africa Adventure Safaris“ die Touren an. Das Geschäft mit dem Genozid ist ein ehrenwertes Anliegen, findet Ninah Mutamaliza aus Kigali, die für den Safari-Anbieter arbeitet. „Wir wollen zeigen, dass wir geschafft haben, uns zu versöhnen“, sagt die 24-Jährige. „Das Dorf ist der Beweis dafür.“

Regierung diktiert Gedenkpolitik

Nicht, dass die Ruander eine Wahl hätten. Versöhnung ist die offizielle Regierungslinie, und ein Abweichen von den Vorgaben der Regierung bekommt den Menschen in Ruanda selten gut. Präsident Paul Kagame hat

mit einer von Tutsi dominierten Rebellenarmee 1994 die Hutu-Extremisten vertrieben, seitdem kontrolliert er das Land mit harter Hand. Das betrifft auch die Gedenkpolitik. Die offizielle Geschichtsschreibung kann man im Genozid-Memorial in Kigali besichtigen. Allein dort sind in einem Park die sterblichen Überreste von 250 000 Menschen begraben; im benachbarten Museum wird die Einheit aller Ruander beschworen. „Wir sind ein Volk. Wir sprechen eine Sprache. Wir haben eine Geschichte“, heißt es auf einer Informationstafel. Als Hutu oder Tutsi will heute keiner mehr gelten in dem Land, in dem die Zugehörigkeit zu einer Ethnie vor nicht allzu langer Zeit noch das Todesurteil sein konnte. Alle sind Ruander, das ist die offizielle Politik, die ein neues Aufblühen der Gewalt verhindern soll. Für die Regierung hat diese Linie auch einen ganz praktischen Vorteil. Wenn es keine Hutu und keine Tutsi gibt, kann es auch keine Debatte darüber geben, dass Tutsi in Politik und Wirtschaft heute wieder – wie schon zu kolonialen Zeiten – einen großen Teil der Macht in den Händen halten. Vor 25 Jahren waren Tutsi, damals etwa 15 Prozent der Bevölkerung, für

radikale Hutu noch „Inyenzi“ – Kakerlaken. „Die Führer des Landes haben gelehrt, Tutsi seien unsere Feinde“, berichtet Frédéric Kazigwema über die Zeit vor dem Genozid. 22 Jahre alt war er damals. Heute ist er ein kleiner Mann mittleren Alters mit einem Bart, einem zu großen, weißen Hemd und zusammengeflochtenen Schuhen. „Die lokalen Anführer sagten uns, wir sollen Menschen töten“, fährt Kazigwema fort. Er berichtet ohne große Emotionen, fast routiniert, schließlich kommen ja öfters Besucher nach Mbyo, die seine Geschichte hören wollen. „Wir nahmen Pangas und Macheten und begannen, Tutsi zu jagen. Wir errichteten Straßensperren, um die Fliehenden anzuhalten und zu töten.“ Neuneinhalb Jahre büßte Frédéric Kazigwema im Gefängnis. Männer wie er wurden nach 1994 von sogenannten Gacaca Courts verurteilt, an vorkoloniale Traditionen angelehnte Dorfgerichte. Das war eine Notwendigkeit: Die reguläre Justiz war angesichts der Zahl der Morde rettungslos überfordert.

Im Gefängnis predigten Pastoren

In sein Gefängnis seien Pastoren gekommen, erzählt Kazigwema weiter. Sie hätten die Kraft der Versöhnung gepredigt. Die Gottesmänner gehörten zur Prison Fellowship, einer überkonfessionellen Nichtregierungsorganisation, finanziert unter anderem von der deutschen Robert-Bosch-Stiftung. Die christliche Gruppe hat die Versöhnungsdörfer initiiert. Kazigwema wusste sonst keinen Ort, an den er mit seiner Frau und drei Kindern nach seiner Entlassung hätte gehen können. Seit 2006 lebt er in Mbyo. Inzwischen hat er sechs Kinder, außerdem zwei Kühe und drei Ziegen. „Ich bin jetzt im Inneren frei“, sagt er. „Ich kann hier sitzen mit Menschen, deren Familien ich getötet habe, und die ich um Vergebung gebeten habe.“

Gezile Mukagasana steht still neben ihm, sie hat die Geschichte schon oft gehört. „Wenn ich Frédéric sehe, sehe ich nicht den Hutu in ihm, sondern den Nachbarn“, sagt sie anschließend. Kann das sein? Wie kann ein Mensch einen solchen Akt der Versöhnung vollbringen? Die Antwort von Gezile Mukagasana ist knapp: „Gott lieben, stark beten.“

Die Recherche wurde unterstützt von der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen. www.dgvn.de

Obama trifft Merkel im Kanzleramt

BERLIN (dpa) - Kanzlerin Angela Merkel (CDU) hat sich mit dem früheren US-Präsidenten Barack Obama zu einem anderthalbstündigen Meinungsaustausch getroffen. Zentrales Thema dürften die transatlantischen Beziehungen gewesen sein. Diese hatten sich nach dem Amtsantritt von Obamas republikanischem Nachfolger Donald Trump als US-Präsident deutlich verschlechtert. Ein großer Streitpunkt zwischen Merkel und Trump ist die protektionistische Wirtschaftspolitik Trumps.

Regierungssprecher Steffen Seibert sagte, es handle sich um einen vertraulichen Termin. Die Kanzlerin empfangen den früheren US-Präsidenten zu einem Gespräch – wie es immer wieder vorkomme, dass sie mit früheren Präsidenten und Regierungschefs, „mit denen sie eine Strecke lang eng und gut zusammengearbeitet hat, auch durchaus nach deren Zeit noch einmal zusammentrifft“. Auf die Frage, ob das Treffen auch ein klares Zeichen an Trump sei, sagte Seibert: „Diesem Eindruck würde ich entschieden widersprechen.“

Zwischen Merkel und Obama hatte sich dagegen in dessen achtjähriger Amtszeit eine Art politische Freundschaft entwickelt, obwohl beide unterschiedlichen Parteienfamilien angehören. Das Gespräch sei nicht presseöffentlich, teilte eine Regierungssprecherin mit.



Das Gespräch zwischen Angela Merkel und Barack Obama war vertraulich.

FOTO: DPA

Kurz berichtet

Assange muss Botschaft Ecuadors in London verlassen

LONDON/QUITO (dpa) - Der seit fast sieben Jahren in Ecuadors Botschaft in London festgesetzte WikiLeaks-Gründer Julian Assange verliert nach Angaben der Enthüllungsplattform möglicherweise sehr bald sein Asyl. In dem Fall droht dem 47-Jährigen die sofortige Festnahme. Der gebürtige Australier lebt dort auf der Flucht vor der Justiz seit Juni 2012 im selbst gewählten Exil. Wikileaks teilte in der Nacht zum Freitag via Twitter unter Berufung auf „eine hochrangige Quelle innerhalb des ecuadorianischen Staates“ mit, Assange werde „binnen Stunden oder Tagen“ der Botschaft verwiesen. Mit der britischen Seite sei demnach bereits eine Vereinbarung zu seiner Festnahme getroffen worden.

Flüchtlinge in Griechenland hoffen auf Grenzöffnung

ATHEN/THESSALONIKI (dpa) - Hunderte Migranten haben offiziellen Angaben zufolge versucht, Polizeisperren vor einem Flüchtlingslager nahe der griechischen Hafenstadt Thessaloniki zu durchbrechen. Ihr Ziel war es am Freitag, Richtung Norden zu marschieren und nach Mitteleuropa zu gelangen. Das Migrationsministerium sprach von Hardlinern, die mit „dunklen Zielen“ Gerüchte gestreut hätten. Die Migranten sollen davon ausgegangen sein, dass die Nordgrenze Griechenlands zu Nordmazedonien offen sei. Es kam zu Rangeleien mit der Bereitschaftspolizei, wie das griechische Fernsehen berichtete. Die Spannungen dauern seit zwei Tagen an.

USA entziehen Chefin des Weltstrafgerichts das Visum

DEN HAAG (dpa) - Die USA haben der Chefanwältigerin des Weltstrafgerichts, Fatou Bensouda, das Einreisevisum entzogen. Das bestätigte das Büro der Anklägerin am Freitag in Den Haag. Die USA wollen verhindern, dass das Gericht ein Ermittlungsverfahren gegen US-Soldaten wegen mutmaßlicher Verbrechen in Afghanistan eröffnet.

Ein von langer Hand geplanter Völkermord

Auslöser des Genozids war der bis heute ungeklärte Abschuss des Flugzeugs von Ruandas Staatspräsident Juvénal Habyarimana am 6. April 1994. In derselben Nacht begann die Jagd auf Tutsi. Die Massaker waren von langer Hand vorbereitet: Seit Monaten waren Macheten an radikale Hutu verteilt worden. Das Morden endete erst, als die Tutsi-Miliz „Ruan-

dische Patriotische Front“ (RPF) im Juli 1994 die Hutu-Milizen besiegte. Die RPF ist heute die Regierungspartei in Ruanda. Während des Genozids waren im Land 2500 Blauhelme stationiert. Ihr Kommandeur warnte öffentlich vor einem Völkermord, doch die Soldaten durften nicht eingreifen. Der UN-Sicherheitsrat versagte ihnen das nötige Mandat. (ume)

Ein bisschen Hoffnung bleibt

EU signalisiert Zustimmung für eine Verschiebung beim Brexit-Austrittsdatum – Hardliner sehen Möglichkeit eines zweiten Referendums

Von Daniela Weingärtner

BRÜSSEL - Die Teilnahme Großbritanniens an den kommenden Europawahlen wird immer wahrscheinlicher. In einem Brief an EU-Ratspräsident Donald Tusk wiederholte die britische Premierministerin Theresa May am Freitag ihre Bitte, das Austrittsdatum auf Ende Juni zu verschieben. Im Gegenzug will die Regierung alle Voraussetzungen für eine Teilnahme an der Wahl schaffen. Sollte eine Einigung aber doch vor dem 22. Mai (dem Wahlbeginn) erreicht werden, könnte die Wahlteilnahme in letzter Minute noch gestoppt werden. Dieser Vorschlag lässt völlig außer Acht, dass auch die EU sich auf eine solche Änderung vorbereiten müsste. Die 73 britischen Sitze sind teilweise auf andere EU-Länder verteilt, teilweise in eine Erweiterungsreserve gestellt worden. Ins neue Parlament sollen nur noch 705 statt 751 Abgeordnete einziehen. Frankreich und Spanien sollen je fünf zusätzliche Sitze erhalten, die Niederlande, Irland und Italien zwei. Damit sollen demografische Ungleichgewichte beseitigt werden. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass diese Reform wenige Tage vor der Wahl rückgängig gemacht werden könnte, ohne die Rechtmäßigkeit des Urnengangs zu gefährden.

Tusk, der zu großen Zugeständnissen bereit ist, um Großbritannien in der EU zu halten, hat stattdessen eine großzügige Fristverlängerung von etwa einem Jahr angeboten. Dahinter steckt die Hoffnung, dass es sich die

Briten in dieser Zeit anders überlegen und ein neues Referendum eine Mehrheit für den Verbleib in der EU ergeben könnte. Das fürchten auch die hartgesottenen Brexiteers in Mays Tory-Partei. Jacob Rees-Mogg drohte am Freitag, sein Land werde sowohl die geplante europäische Armee, als auch jede mögliche Aufstockung des EU-Haushalts boykottieren, sollte sein Land zu einem Verbleib über die Wahlen hinaus gezwungen sein.

Brexit trifft Deutschland hart

Jo Leinen, SPD-Verfassungsexperte im Europaparlament, forderte am Freitag größtmögliche Flexibilität und Entgegenkommen gegenüber Großbritannien. Europawahl und Parlamentsarbeit dürften aber nicht geschädigt werden. „Es wäre absurd, wenn Großbritannien an den Wahlen im Mai teilnimmt und dann bereits im Herbst aus der EU austritt. Sollte eine lange Brexit-Verlängerung nötig werden, muss diese eine feste Laufzeit von zum Beispiel einem Jahr haben.“

Gegenüber der „Schwäbischen Zeitung“ erinnerte Leinen daran, dass bei ihm zu Hause im Saarland „die Alarmglocken schrillen“. Von 7800 Ford-Mitarbeitern seien 1500 entlassen worden, weitere 2000 Arbeitsplätze seien in Gefahr, da ein Drittel der dort hergestellten Modelle nach Großbritannien geliefert werden. Insgesamt könnten in Deutschland bis zu 100 000 Arbeitsplätze durch Exporterschwerisse wegfallen. Man dürfe aber Großbritannien keine Sonderregeln zugestehen, weil das den Binnen-

markt infrage stelle. Der Arbeitgeberverband habe jüngst verdeutlicht, dass ein harter Brexit weniger Schaden anrichte als eine Aufweichung des Binnenmarkts, die andere EU-Mitglieder zur Nachahmung anregen könnte. „Es ist ein Ritt auf der Rasierklinge, die Wahl zwischen Pest und Cholera“, so Leinen.

Die Hoffnung, dass eine Mehrheit der Briten das Blatt noch wenden könnte, hat er aber nicht aufgegeben.

„Ich war Präsident der Europäischen Bewegung, die zeitweise in Großbritannien nicht mehr existent war. Heute gibt es dort den größten Mitgliedsverband in ganz Europa. Sieben Millionen Briten haben eine Petition für ein zweites Referendum unterzeichnet – viele Menschen sehen die Risiken des Austritts jetzt deutlicher als vor zwei Jahren.“ Am Mittwoch will May den 27 EU-Chefs erneut auf einem Sondergipfel ihre Vorschläge er-

Kommentar

Von Daniela Weingärtner

Zusätzliche Probleme für Europa

Ein sauberen Ausweg aus dem Brexit-Chaos gibt es nicht. Dennoch müssen die europäischen Regierungschefs versuchen, bei ihrem Sondergipfel kommenden Mittwoch einen klaren Kopf zu behalten. Gelingt es Britanniens Premierministerin Theresa May bis dahin, eine Mehrheit für das Austrittsabkommen zu organisieren, sollte man ihr, wie ursprünglich angeboten, eine Verlängerung bis zum 22. Mai gewähren. Das sollte für alle Formalitäten reichen.

Kommt May mit leeren Händen, dann muss sie selbst entscheiden: ein Austritt ohne Abkommen



oder eine Verlängerung um etwa ein Jahr, inklusive Beteiligung an der Europawahl. Die von May nun schon zum zweiten Mal beantragte Frist bis Ende Juni bringt den Briten keine Vorteile und den Europäern eine Menge zusätzlicher Probleme. Das ist den Herrschaften in London offensichtlich egal und zeigt erneut, wie stark sich dort die Diskussion um den eigenen Bauchnabel dreht, ohne die Rahmenbedingungen und den Standpunkt der europäischen Partner auch nur zur Kenntnis zu nehmen.

politik@schwaebische.de



Bittet um einen weiteren Aufschub: Großbritannien Premierministerin Theresa May.

FOTO: IMAGO IMAGES